

Die Zivilbevölkerung in Gaza ist in höchster Gefahr, während die Welt zuschaut: Zehn Forderungen, um eine noch schlimmere Katastrophe zu verhindern

Erklärung der Direktoren des Ständigen Interinstitutionellen Ausschusses

NEW YORK/GENÈVE/ROME, 21. Februar 2024 - In den weniger als fünf Monaten nach den brutalen Angriffen vom 7. Oktober und der anschließenden Eskalation sind im Gazastreifen Zehntausende von Palästinensern - meist Frauen und Kinder - getötet und verletzt worden. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung wurden aus ihren Häusern vertrieben, viele von ihnen mehrfach, und sind mit einem gravierenden Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser, sanitären Einrichtungen und medizinischer Versorgung konfrontiert - also mit dem, was sie zum Überleben brauchen.

Das Gesundheitssystem wird weiterhin systematisch abgebaut, was katastrophale Folgen hat. Am 19. Februar waren nur noch 12 von 36 Krankenhäusern mit stationären Kapazitäten in Betrieb, und das auch nur teilweise.

Seit dem 7. Oktober gab es mehr als 370 Angriffe auf die Gesundheitsversorgung in Gaza.

Krankheiten sind weit verbreitet. Es droht eine Hungersnot. Das Wasser ist ein Rinnsal. Die Basisinfrastruktur wurde dezimiert. Die Lebensmittelproduktion ist zum Stillstand gekommen. Krankenhäuser haben sich in Schlachtfelder verwandelt. Eine Million Kinder sind täglich mit Traumata konfrontiert.

Rafah, das jüngste Ziel von weit über 1 Million vertriebener, hungernder und traumatisierter Menschen, die auf einem klei-

nen Stück Land zusammengepfercht sind, ist zu einem weiteren Schlachtfeld in diesem brutalen Konflikt geworden. Eine weitere Eskalation der Gewalt in diesem dicht besiedelten Gebiet würde zu einer Vielzahl von Opfern führen. Sie könnte auch der humanitären Hilfe, die bereits auf einem Tiefpunkt angelangt ist, den Todesstoß versetzen.

Im Gazastreifen gibt es keinen sicheren Ort.

Die humanitären Helfer, die selbst vertrieben wurden und mit Beschuss, Tod, Bewegungseinschränkungen und einem Zusammenbruch der zivilen Ordnung konfrontiert sind, bemühen sich weiterhin, die Bedürftigen zu versorgen. Doch angesichts der vielen Hindernisse - einschließlich der Sicherheits- und Bewegungsbeschränkungen - können sie nur begrenzt helfen.

Keine noch so große humanitäre Hilfe kann die monatelangen Entbehungen wettmachen, die die Familien im Gazastreifen ertragen mussten. Dies ist unser Versuch, die humanitäre Aktion zu retten, damit wir zumindest das Nötigste bereitstellen können: Medikamente, Trinkwasser, Nahrungsmittel und Unterkünfte, während die Temperaturen sinken.

Dafür brauchen wir:

1. Einen sofortigen Waffenstillstand.
2. Die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur, auf die sie angewiesen ist, muss geschützt werden.

3. Die sofortige Freilassung der Geiseln.

4. Zuverlässige Zugangspunkte, die es uns ermöglichen würden, Hilfsgüter von allen möglichen Übergängen, einschließlich des nördlichen Gazastreifens, zu bringen.

5. Sicherheitsgarantien und ungehinderter Durchgang für die Verteilung von Hilfsgütern in großem Umfang im Gazastreifen, ohne Verweigerung, Verzögerungen und Zugangsbeschränkungen.

6. Ein funktionierendes humanitäres Meldesystem, das es allen humanitären Helfern und Hilfsgütern ermöglicht, sich innerhalb des Gazastreifens zu bewegen und Hilfe sicher zu liefern.

7. Befahrbare Straßen und von Sprengstoff befreite Stadtviertel.

8. Ein stabiles Kommunikationsnetz, das es den humanitären Helfern ermöglicht, sich sicher und gefahrlos zu bewegen.

9. Das UNRWA (1), das Rückgrat der humanitären Maßnahmen im Gazastreifen, muss die Mittel erhalten, die es braucht, um lebensrettende Hilfe zu leisten.

10. Ein Ende der Kampagnen, die versuchen, die Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen, die ihr Bestes tun, um Leben zu retten, zu diskreditieren.

Die humanitären Organisationen sind trotz der Risiken weiterhin engagiert. Aber sie dürfen nicht mit den Trümmern allein gelassen werden.

Wir fordern Israel auf, seiner gesetzlichen Verpflichtung gemäß dem humanitären Völkerrecht und

den Menschenrechten nachzukommen, Nahrungsmittel und medizinische Hilfsgüter zu liefern und Hilfsmaßnahmen zu erleichtern, **und wir fordern die führenden Politiker der Welt auf, eine noch schlimmere Katastrophe zu verhindern.**

Mr. Martin Griffiths, Emergency Relief Coordinator and Under-Secretary-General for Humanitarian Affairs (OCHA)

Ms. Sofia Sprechmann Sineiro, Secretary General, **CARE International**

Dr. Qu Dongyu, Director-General, Food and Agriculture Organization (FAO)

Ms. Jane Backhurst, Chair, ICVA (**Christian Aid**)

Mr. Jamie Munn, Executive Director, International Council of Voluntary Agencies (ICVA)

Mr. Tom Hart, Chief Executive Officer and President, **InterAction**

Ms. Amy E. Pope, Director General, International Organization for Migration (IOM)

Ms. Tjada D'Oyen McKenna, Chief Executive Officer, **Mercy Corps**

Mr. Volker Türk, United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR)

Ms. Janti Soeripto, President and Chief Executive Officer, **Save the Children**

Ms. Paula Gaviria Betancur, United Nations Special Rapporteur on the Human Rights of Internally Displaced Persons (**SR on HR of IDPs**)

Mr. Achim Steiner, Administrator, United Nations Development Programme (UNDP)

Dr. Natalia Kanem, Executive Director, United Nations Population Fund (UNFPA)

Mr. Filippo Grandi, United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR)

Mr. Michal Mlynár, Executive Director a.i., United Nations Human Settlement Programme (**UN-Habitat**)

Ms. Catherine Russell, Executive Director, UN Children's Fund (UNICEF)

Ms. Sima Bahous, Under-Secretary-General and Executive Director, UN Women

Ms. Cindy McCain, Executive Director, World Food Programme (WFP)

Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, Director-General, World Health Organization (WHO)

[1] The United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA) fully supports the statement.